

Situation der Roma in Bosnien und Herzegowina in der Corona-Pandemie

Die Situation der Roma in Bosnien und Herzegowina ist nach wie vor sehr schwer. Obwohl die Roma die größte ethnische Minderheit im Land darstellen und in den vergangenen Jahren Zielgruppe von zahlreichen aufwändigen Strategien für die Verbesserung ihrer Lage waren, können sie häufig nicht einmal die grundlegendsten Menschenrechte verwirklichen, wie z.B. das Recht auf Bildung, Arbeit und eigenes Heim.

Obwohl regelmäßig in Berichten Fortschritte verzeichnet werden, sind diese nicht wirklich vor Ort zu erkennen. Von den nach Schätzungen etwa 50.000 bis 80.000 in Bosnien lebenden Roma haben 95 Prozent kein regelmäßiges monatliches Einkommen, über 60 Prozent leben in vollkommen inadäquaten Wohnungen und Häusern, etwa 50 Prozent haben keinen Zugang zur Krankenpflege und ärztlicher Behandlung, nur jedes dritte Kind schließt die Grundschule ab, sehr viel weniger die weiterführende Schule oder gar Universität. Noch immer ist die Zahl von Analphabeten unter Roma enorm groß. Hinzu kommt, dass noch immer sehr viele Roma nicht im Geburtenregister verzeichnet werden, die somit keine Personalausweise oder andere Dokumente erhalten können. Die Kinder werden zu Hause geboren und aus Angst vor Kosten oder aus Unwissenheit nicht im Geburtenregister angemeldet. Auch die Arbeitslosigkeit ist unter den Roma enorm hoch: sie beträgt beinahe 99 Prozent. Nur ein Prozent der im Lande lebenden Roma ist offiziell beschäftigt, alle anderen kommen ausschließlich mit Sammeln von Altmetall und -papier, Kauf und Wiederverkauf und ähnlichen Arbeiten über die Runden. Auch verfassungsrechtlich sind Roma in Bosnien und Herzegowina noch immer diskriminiert.

Besonders bedroht sind jedoch Roma nun von der Corona-Pandemie. Schon vor der Pandemie haben Roma sehr häufig ohne Strom und Wasser sowie unter sehr schlechten Hygieneumständen gelebt. Auch jetzt werden sie keine Mittel haben, um Desinfektionsmittel, Masken oder die einfachsten Reinigungsmittel zu kaufen. Häufig leben mehrere Familien in einem Raum, sodass die Ausbreitungsgefahr extrem groß ist. Sie erhalten nicht die erforderlichen Informationen und wissen nicht, wie sie sich in dieser Zeit verhalten müssen. Da die Ankaufsstellen für Altmetall und -papier geschlossen sind, können sie ihre Waren dort nicht mehr verkaufen, sodass ihre Existenz vollkommen bedroht ist. Das gleiche gilt auch für Märkte, auf denen sie bis jetzt häufig Produkte zum Verkauf angeboten haben. Besonders schwer trifft es die wenigen Kinder, die zur Schule gehen.

Der regelmäßige Unterricht ist seit dem 12.03.2020 unterbrochen, er wird nur in einer Online-Form fortgesetzt. Das trifft vor allem Roma und andere sozial benachteiligte Menschen, die keinen Rechner und Internetanschluss zu Hause haben. Noch sind einige Schulen bemüht, diesen Schülern Materialien in gedruckter Form zuzustellen. Aber es ist fraglich, wie lange das fortgesetzt wird, vor allem wenn die Bewegungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird. Hinzu kommt, dass Roma häufig Saisonarbeiten in Italien und anderen westeuropäischen Ländern verrichten. So wurden in Bijeljina zwei Roma-Familien in Isolation gestellt, aber es dürfte viele mehr geben, die diese Information geheim halten, da die Arbeit, die sie im Ausland verrichten in der Regel illegal ist. In zahlreichen Orten des Landes wie Kakanj, Prijedor, Brčko, Bijeljina und Doboje werden schon extrem große Probleme innerhalb der Roma-Gemeinden verzeichnet.

Sie werden, wie andere Minderheiten auch, noch immer nicht in der Verfassung als Minderheit anerkannt und können laut geltendem Gesetz nicht für Positionen im Präsidium des Staates oder als Vertreter in der Völkerkammer des Staatsparlamentes kandidieren. Das

gilt nicht nur für Roma, sondern auch für alle anderen Minderheiten, sogar alle, die sich nicht als Bosniaken, Kroaten oder Serben deklarieren.

Obwohl im Jahre 2009 der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg nach der Klage zweier Minderheitenvertreter aus Bosnien (dem Roma Sejdić und Juden Finci) im verkündeten Urteil die sofortige Änderung dieses Gesetzes angeordnet hat, ist dies wegen politischer Unstimmigkeiten bis heute nicht geschehen. Im täglichen Leben sind Roma noch immer Diskriminierung ausgesetzt. So wird ihnen nicht selten der Zutritt zu Schwimmbädern verwehrt, in Kaffeehäusern, Kneipen und anderen Gasthäusern können Roma noch immer erleben, dass sie nicht bedient oder sogar angegriffen werden. Man möchte sie nicht als Nachbarn und in Bosnien und Herzegowina wie auch anderen Ländern der Region kommt es immer wieder vor, dass Einwohner ganzer Siedlungen auf die Straße gehen und fordern, dass Roma-Siedlungen aus ihrer Nachbarschaft entfernt werden.

Noch kümmert sich der Staat jedoch kaum um die Probleme der Roma, obwohl sie nicht nur eine Gefahr für die betroffenen Menschen, sondern auch für den gesamten Staat bedeuten können. Die Roma sind in diesen Momenten nur auf sich selbst gestellt und so gut wie von allen vergessen und verlassen.

Belma Zulčić
Gesellschaft für bedrohte Völker
Sektion Bosnien und Herzegowina Sarajevo
Tel. 00387 33 213 707
Email: gfbv_sa@bih.net.ba